



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Motion von Regula Meschberger, SP-Fraktion: Schaffung von gesetzlichen Grundlagen für Case-Management in den öffentlichen Schulen**

Autor/in: [Regula Meschberger](#)

Mitunterzeichnet von: Baumann, Brassel, Bühler, Chappuis, Dambach, Degen, Fankhauser, Giger, Halder, Helfenstein, Joset, Rüegg, Schweizer

Eingereicht am: 24. Juni 2010

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Immer häufiger haben Schülerinnen und Schüler Unterstützungs- und Förderbedarf. Das führt zu zusätzlichen Lektionen in Deutsch als Zweitsprache oder im Förderunterricht, zu logopädischen Therapien und zu Lektionen in "Spezieller Förderung im Einzelfall". Nicht selten haben Kinder schon beim Eintritt in den Kindergarten mehrere Therapien, die in die Schulzeit hinein weitergeführt werden.

Es ist ausserordentlich wichtig, dass im Einzelfall genau abgeklärt wird, welche Unterstützung ein Kind wirklich braucht und vor allem in welcher Priorität. Mehrere Therapien und Förderungen gleichzeitig kosten nicht nur viel, sondern können das Kind auch überfordern. Der gewünschte Erfolg bleibt in einer solchen Situation nicht selten aus.

Es ist deshalb dringend, dass alle Fachpersonen (Klassenlehrpersonen, Förderlehrpersonen, Logopäd/innen und weitere Therapeut/innen) sich an einen Tisch setzen und gemeinsam besprechen, wie und in welchem zeitlichen Ablauf ein Kind unterstützt werden soll, welche Massnahmen von wem ergriffen werden, welche Ziele definiert werden und wie die Erfolgskontrolle aussehen soll. Es braucht ein eigentliches Case-Management. Die Eltern sind selbstverständlich miteinzubeziehen. Ohne ihre Einwilligung kommt keine spezielle Unterstützung zu Stande. Es ist aber wichtig, dass zuerst in einer Expertenrunde die oben genannten Themen erörtert werden können.

Damit die Expertinnen und Experten nicht mit dem Amtsgeheimnis in Konflikt geraten oder Persönlichkeitsrechte der Kinder und ihrer Eltern verletzen (Datenschutz), sind für das Case-Management in den öffentlichen Schulen die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen.